Urlasbebauung: Podiumsdiskussion der Bürgerinitiative „Etz langt's"

Allein FDP für US-Pläne

Meyer (SPD): Dringendere Projekte – Vorbild Aschaffenburg

ANSBACH (sh) – Wie halten es die Landtagskandidaten und ihre Parteien mit der geplanten US-Siedlung auf dem Urlasgelände? Um dies zu erfahren, hatte die Bürgerinitiative „Etz langt's" zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Nachdem Klaus Dieter Breitschwert (CSU) abgesagt hatte (die FLZ berichtete), war Rainer Erdel (FDP) aus Dietenhofen der einzige Befürworter der Bebauung.

Der FDP-Kandidat wies auf das Investitionsvolumen für die Wohnsiedlung von „deutlich mehr als 100 Millionen Euro" hin. Die damit verbundenen Arbeitsplätze auch „im zweiten Takt", wenn alle Häuser bewohnt sind, dürfe man nicht außer Acht lassen. Natur- und Umweltschutz müssten bei der Planung berücksichtigt werden. Eingriffe seien auf ein Minimum zu reduzieren. Das Sicherheitsbedürfnis der US-Amerikaner habe sich nach den Anschlägen des 11. September 2001 verändert. Die Entscheidung über die Bebauung falle weder in der Stadt Ansbach noch im Landtag.

Anstelle der SPD-Kandidatin Helga Koch – sie hatte aus zeitlichen Gründen abgesagt – diskutierte Kreisvorsitzender Bernhard Meyer auf dem Podium mit. Meyer beklagte vor allem die bis zu 20 Millionen Euro, die der deutsche Steuerzahler für den Ausbau von Straßen aufbringen müsse, sollten die US-Pläne nicht gestoppt werden. Mit der Umgehung von Lehrberg, dem Ausbau der A 6 oder Ortsumfahrungen entlang der B 25 gebe es in der Region weit wichtigere Projekte. Diese würden der Bevölkerung, aber auch der Wirtschaft mehr nützen als der Urlas-Ausbau. Ob Helga Koch sein Nein teilt, ließ Meyer letztendlich offen.

Die Landtagsabgeordnete der Grünen, Renate Ackermann, schlug vor, anstelle der US-Siedlung das bei Dennenlohe geplante Center-Parcs-Ferienorf auf den Urlas zu bauen. Der wirtschaftliche Ertrag ist ihrer Überzeugung nach „äußerst gering". Die Arbeitsplätze gebe es schon: „Die werden nicht mehr." Für Ackermann steht fest, dass mehr Hubschrauber hierher verlegt werden, wenn Ansbach der größte derartige US-Standort in Europa sei: „Es ist klar, dass die fliegen." Die Regierung von Mittelfranken kritisierte sie, weil man sich dort plötzlich wegen der Verkehrsunfälle sorge: „20 Jahre hat das nicht gestört."

Kerstin Kernstock-Jeremias (Die Linke) begründete ihr Nein zu der Bebauung vor allem damit, dass von Ansbach kein Krieg ausgehen dürfe. Kein einziger Arbeitsplatz rechtfertige auch nur einen Toten im Irak. So sehr die Sicherheitsbedenken der US-Armee beachtenswert seien, so sehr müsse auch gesehen werden, dass die Gefahr eines Terroranschlages mit der Urlasbebauung größer werde. Frieden, so Kernstock-Jeremias, sei die Voraussetzung für alles: „Moral ist für mich nicht verhandelbar, auch nicht wirtschaftlich." Der Landtag könne eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel „Abzug der Amerikaner" starten.

„Das weckt Begehrlichkeiten"

„Das kann nicht gesund sein", erklärte Dr. Peter Bauer, Landtagskandidat der Freien Wähler aus Sachsen bei Ansbach als selbst Betroffener: „Ich wohne direkt an der Einflugschneise." An vielen Flughäfen gelte ein Nachtflugverbot. Hier aber werde erst um 23 Uhr begonnen, zu fliegen. Es müssten einmal die gesundheitlichen Folgen für Anwohner untersucht werden. Für Bauer wird die Wohnsiedlung „nicht das Ende sein". Das wecke Begehrlichkeiten. Der Standort werde dann eben noch ein bisschen größer. Er wolle kein solches „Staatsfremdgebiet" in unmittelbarer Nachbarschaft: „Die Botschaft in Berlin reicht."

Für Hartmut Malecha aus Mönchsroth – er hat sich nach eigenen Angaben nicht mit der Ansbacher ÖDP-Kandidatin Gertrud Schnabel abgestimmt – steht außer Zweifel, dass sich der US-Standort auch auf den Landkreis Ansbach auswirkt: „Als Betroffene müssen wir Stellung beziehen." Doch benötige man dazu Informationen. Dass man nichts erfahre, fördere die Politikverdrossenheit. Die ÖDP-Kreisräte jedenfalls befürworteten die Bebauung nicht. Die Bevölkerung sollte nicht resignieren: „Wir Bürger haben viel Macht." Wünschenswert sei ein Volksentscheid auf Bundesebene.

In der Diskussion wurde mehrfach auf Aschaffenburg hingewiesen. Dort sei es dank des Widerstands von Oberbürgermeister und Stadtrat gelungen, einen Ausbau des US-Standortes zu verhindern. Auch in der Region habe man vor vielen Jahren Pläne für einen Panzerübungsplatz und eine US-Siedlung in Sachsen zu Fall gebracht.

„Der Ausbau betrifft ganz Westmittelfranken", sagte Heinz Kreiselmeyer von der Bürgerinitiative. Mit der Mobilisierung der Bevölkerung stehe man noch ganz am Anfang.

Nach Informationen der Initiative ist auf dem Gelände auch eine Klinik für Allgemein- und Zahnmedizin geplant. Laut Sprecher Hansjörg Meyer soll 2011 mit dem knapp 25 Millionen Euro-Projekt begonnen werden. Von der US-Armee war dazu am Wochenende keine Stellungnahme zu erhalten.

US-Armee: Gleiche Qualität

Zur Diskussion war die US-Armee eingeladen. Doch hatte Frauke Davis als Pressesprecherin schriftlich abgesagt. Der Brief wurde nicht verlesen. Für die Bebauung gelte deutsches Recht, teilte Davis mit. Die US-Armee sei daher nicht der richtige Ansprechpartner. „Die Wohnungen in Katterbach entsprechen schon seit Jahren nicht mehr den Vorstellungen einer energievernünftigen Bewirtschaftung." Man wolle Soldaten und Familien ein Umfeld bieten, das an allen Standorten von gleicher Qualität sei.

Auf diesem Gelände (zu sehen sind noch die Bunkeranlagen) will die US-Armee langfristig rund Wohneinheiten für Soldaten und deren Familien errichten. Foto: Biernoth

ANZEIGE
Börse aktuell in radio 8
Wenn es um wichtige Informationen für unsere Kunden geht, sind wir immer auf Draht. Diese Woche informiert Sie live ab 17.10 Uhr:

Bernd Wälzlein
Kundenberater
Telefon 09871 9214
Vereinigte Sparkassen Stadt und Landkreis Ansbach